

rung hinarbeiten, dies kann indes nicht am Anfang stehen.

Ich schreibe gerade ein Buch darüber, was ich das »Globale System der Pazifizierung« nenne, darin spielt Israel eine bedeutende Rolle. So ist Israel unter anderem auch der fünfgrößte Rüstungsexporteur weltweit, es exportiert mehr Waffen als China oder Großbritannien. Es ist also ein überwältigend mächtiges Land, und das Problem besteht darin, dass es von diesen Waffen keineswegs in einer guten Weise Gebrauch macht. Beispielsweise in Westafrika mit seiner Diamantenindustrie, den Blut-Diamanten. Auch in Kolumbien und Birma mischt Israel mit, ebenso in China, was den Waffenhandel angeht. Dies stellt eine besondere Art von Sicherheitspolitik dar, indem Israel seine Stärke auf dem Rüstungssektor dazu nutzt, Unterstützung von anderen Ländern zu erhalten. Das wiederum ist überhaupt kein förderlicher Beitrag zum globalen Sicherheitssystem.

● *Und was bedeutet es, dass Israel das Nuklearwaffenmonopol in der Region besitzt?*

■ Noch ist das der Fall, aber Iran arbeitet daran, Pakistan hat bereits Kernwaffen, Ägypten befindet sich auf dem Weg dahin. Gleichwohl stellen Atomwaffen ein globales Problem dar. Es handelt sich um einen weltweiten Konflikt, nicht lediglich um einen lokalen. Und daher muss dieses Problem im Rahmen eines globalen Friedens gelöst werden.

● *Lassen Sie mich eine Frage stellen, die Ihnen als Mitglied der Friedensbewegung vielleicht näher am Herzen liegt. Es gibt mittlerweile Dutzende von Luftwaffenpiloten bis hinauf zum Brigadegeneral, die sich geweigert haben, Luftangriffe in den besetzten Gebieten zu fliegen, darüber hinaus Hunderte von Heersoldaten und -soldatinnen, die den Dienst verweigerten. Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach diese Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen in den Reihen der israelischen Streitkräfte?*

■ Alle meine Kinder sind Kriegsdienstverweigerer, jedes von ihnen hat den Dienst in den Streitkräften verweigert. Meine beiden Söhne waren inhaftiert. Das Thema ist sehr wichtig, nicht so sehr innerhalb Israels, weil nur ein winziger Prozentsatz verweigert. Im allgemeinen wollen die jungen Menschen zum Militär gehen. Sie wollen in all diesen Einheiten dienen, wo was los ist. Innerhalb Israels sind die Verweigerer nicht so wichtig. Ihre wahre Bedeutung besteht aber darin, dass sie Israels Humanität am Leben erhalten. Wenn wir mit dem Prozess der Versöhnung beginnen, brauchen wir diese jungen Leute, die sich dem Frieden wirklich verpflichtet fühlen und dafür einen hohen Preis bezahlt haben. Das wird später noch von großer Wichtigkeit sein. Aber heutzutage, angesichts der in Israel vorherrschenden kriegerischen, militanten Positionen, sind sie noch nicht so relevant. Außerhalb Israels indes ist diese Problematik sehr viel einflussreicher.

● *Dennoch stellt das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein fundamentales Menschenrecht dar, weshalb es doch auch in Israel selbst anzuerkennen ist, nicht wahr?*

■ In der Tat, denn gemäß dem Völkerrecht muss in der Verfassung eines jeden Staates das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verankert sein. Es handelt sich also um ein Menschenrecht, nur nicht in Israel. Im völligen Gegensatz dazu wurden in Israel in den letzten Wochen einige Aktivisten der Bewegung »New Profile« verhaftet, einer Bewegung, die junge Menschen dazu ermutigt, den Militärdienst zu verweigern beziehungsweise ihnen hilft, aus den Streitkräften herauszukommen. Diese Vorgänge illustrieren den in Israel herrschenden Militarismus. Auch hierin zeigt sich erneut, dass Veränderungen unmöglich sind, dass es aussichtslos ist, Israel zu einer normalen Haltung gegenüber den Menschenrechten zu bewegen, solange der israelisch-palästinensische Konflikt andauert.

FP

## Manfred Pappenberger

# Die Kehrseite der Medaille

### Aspekte des neuen Bundeswehr-Ordens

**M**it dem »Ehrenkreuz für Tapferkeit« wurden am 6. Juli 2009 die vier Bundeswehrsoldaten Jan Berges, Alexander Dietzen, Markus Geist, und Henry Lukacs von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Beisein von Verteidigungsminister Franz Josef Jung (beide CDU) ausgezeichnet. Sie hatten sich im Oktober 2008 nach dem Anschlag eines Selbstmordattentäters um verletzte Kameraden und afghanische Zivilisten unter Einsatz ihres eigenen Lebens gekümmert. Diese Männer brachten Mut und Zivilcourage auf, ihr Verhalten ist ohne Zweifel ethisch vorbildlich und verdient unser aller Respekt und Anerkennung – gerade auch weil es in Uniform geschah.

Die höchste Auszeichnung, die in der Bundesrepublik Deutschland für außergewöhnliche Leistungen dieser Art verliehen wird, ist das seit 1951 vom Bundespräsidenten vergebene Bundesverdienstkreuz.

Wenn hierfür nun eigens ein militärischer Orden – das neu geschaffene »Ehrenkreuz für Tapferkeit« – entwickelt wurde, so ist dies ein politischer Vorgang, der politisch betrachtet und kritisch hinterfragt werden muss.

Auch wenn der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Ulrich Kirsch, bei der Verleihung betonte, dass die Bundeswehr in der Demokratie mit der Wehrmacht nichts mehr am Hut hat, und der Wehr-

beauftragte Reinhold Robbe (SPD) die neue Tapferkeitsmedaille als Zeichen eines positiven Patriotismus wertet, der nichts mit Heldenkult zu tun habe, erinnert allein schon die äußere Form des neuen Ehrenkreuzes stark, für meine Begriffe zu stark, an das sowohl im 1. Weltkrieg (1914 – 1918) als auch im 2. Weltkrieg (1939 – 1945) verliehene Eisenerne Kreuz. Insbesondere die Nationalsozialisten pflegten einen ausgeprägten Heldenkult, der mittels einer inflationären Vergabe von militärischen Orden und Symbolen praktiziert wurde. Bis 1945 wurden unter NS-Herrschaft rund 3 Millionen Eisenerne Kreuze 2. Klasse (EK II) und knapp eine halbe Million EK I vergeben. 1939 stiftete Adolf Hitler das Ritterkreuz, das im Verlauf des Krieges mehrere Steigerungen wie Eichenlaub, Schwerter und Brillanten erfuhr.<sup>1)</sup>

Das Ehrenkreuz für Tapferkeit, das 2008 als Sonderstufe für Handlungen eingeführt wurde, die »weit über das erwartete Maß an Tapferkeit im Rahmen der Pflichterfüllung hinausgehen«, ist nicht mehr an eine Mindestdienstzeit gebunden und wurde auf Initiative von Verteidigungsminister Jung insbesondere für Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen geschaffen.

### ■ Auslandseinsätze der Bundeswehr

Etwa 7.300 Soldatinnen und Soldaten sind nach Bundeswehrrangaben zurzeit im Auslandseinsatz.<sup>2)</sup> Im Oktober 2008 hat der Deutsche Bundestag das Mandat für die Bundeswehr in Afghanistan bis Dezember 2009 verlängert und die Mandatsobergrenze um ca. 1.000 Mann auf nunmehr 4.500 erhöht. Die Bundeswehr ist verantwortlich für die schnelle Eingreiftruppe, Quick Reaction Force (QRF). Dabei ist die Bundeswehr im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe Isaf (International Security Assistance Force) Teil der insgesamt über 60.000 Soldatinnen und Soldaten aus 42 Staaten.

#### Ausgewählte Truppenkontingente der Isaf

Stand: Juni 2009

USA	28.850	Rumänien	875
Großbritannien	8.300	Spanien	780
Deutschland	3.380	Türkei	730
Kanada	2.830	Dänemark	700
Frankreich	2.780	Belgien	500
Italien	2.350	Norwegen	485
Polen	2.000	Bulgarien	470
Niederlande	1.770	Schweden	410
Australien	1.090	Litauen	200

Insgesamt 61.130 Soldatinnen und Soldaten aus 42 Staaten

Quelle: Isaf, in: Frankfurter Rundschau vom 23.07.2009, S. 3

- Das bundesdeutsche Ordensgesetz von 1957 erlaubt das Tragen des Eisernen Kreuzes aus dem Zweiten Weltkrieg nur ohne Hakenkreuz und mit dem Nachweis des korrekten Erwerbs.
- Die Stärke der deutschen Einsatzkontingente im Ausland beträgt zur Zeit: 4.150 (davon Frauen: 215) in Afghanistan (ISAF), 2.140 (160) im Kosovo (KFOR), 555 (26) am Horn von Afrika/Somalia (OEF und ATALANTA), 230 (15) vor der Küste Libanons (UNIFIL), 130 (3) in Bosnien und Herzegowina (ENFOR) und 32 (0) im Sudan. Die Zahlen sind gerundet und stellen eine »Momentaufnahme« dar, da die Tagesstärken geringfügig schwanken können. Quelle: www.bundeswehr.de, Zugriff am 28. 07. 2009.

»Der Krieg in Afghanistan findet in der bundesdeutschen Öffentlichkeit nur statt, wenn es deutsche Opfer gibt«, so Andreas Heinemann-Grüder vom Bonner International Centre for Conversion, einem Friedensforschungsinstitut, und fügt hinzu: »In Deutschland sehen wir eine weitgehende Entpolitisierung der Diskussion.«<sup>3)</sup>

Diese Entpolitisierung der afghanischen Realitäten durch die offizielle Politik geht letztlich auf eine Erkenntnis aus dem Vietnamkrieg zurück.

### ■ Die Macht der Bilder

Der Vietnamkrieg ging als Krieg der Bilder in die Geschichte ein (»The Vietnam War was a Television War«). Die damalige US-Regierung unter Präsident Johnson prägte das Bild eines kurzen, schmerzlosen militärischen Einsatzes, der als »amerikanisches Engagement in Vietnam« verharmlost wurde. Im Glauben an eine schnelle militärische Intervention befürwortete das Gros der Medien die US-Kriegspolitik und unterstützte den von der US-Regierung vorgegebenen Mythos eines kurzen, insbesondere sauberen Krieges mit entsprechenden Nachrichten.

Trotz aller gegenteiligen Regierungsversprechen stieg mit zunehmender Dauer des Krieges auch die Zahl der Bilder, die eine gänzlich andere Seite des Krieges schonungslos einer schockierten Öffentlichkeit präsentierten: verwundete Soldaten, leichenübersäte Straßen und brennende Dörfer. Das Land, das nach den Verlautbarungen des Präsidenten von der US-Armee geschützt werden sollte, wurde verwüstet, zerbombt, niedergebrannt und durch den Einsatz des Entlaubungsmittels »Agent orange« für kommende Generationen vergiftet. Die Macht der öffentlichen Meinung, hervorgerufen durch die Macht der Bilder, insbesondere des Massenkommunikationsmittels Fernsehen, hatten die Verlautbarungen und Erklärungen der US-Regierung als Wunschvorstellungen oder gar Lügen entlarvt. Die Macht der Bilder war am Ende stärker als die Macht der Regierung und des Militärs.

»Learning from Vietnam« war dann auch die Devise nach der zukünftig aus Kriegsgebieten berichtet wurde: Es sollten nur noch Bilder in die Öffentlichkeit gelangen, die zuvor von der militärischen Zensur gefiltert worden waren.

Deshalb ist die Wahrheit das erste Opfer innerhalb eines Krieges. 3) Und in der Tat sind im Afghanistankrieg, in dem auch die Bundeswehr Teil der Internationalen Schutztruppe ist, erstaunliche Parallelen zum Vietnamkrieg anzutreffen.

### ■ Die Bundeswehr in Afghanistan

Seit Ende 2001 sind Bundeswehrsoldaten in Afghanistan stationiert und seitdem wird das der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit von offizieller Seite so verkauft, als sei die Bundeswehr ein besseres Technisches Hilfswerk, das Brunnen bohrt und Straßen baut, Lebensmittel verteilt, Wasserleitungen

- Vgl. »Es ist Krieg – und keiner schaut hin.« In: taz vom 03.02.2009, S. 13.

legt, die medizinische Versorgung verbessert und Polizisten ausbildet.

Obwohl seit vielen Jahren deutsche Soldaten bei Auslandseinsätzen verletzt, traumatisiert oder gar getötet wurden, hat sie die Politik lange Zeit wie Verkehrstopfer behandelt. Die Regierungsparteien benutzten Begriffe wie »Friedensmission«, »Aufbauhilfe«, »Stabilisierungseinsatz« oder »(robuster) Kampfeinsatz«, aber nie wurde das, was deutsche Soldaten im Ausland, insbesondere in Afghanistan tun, als das bezeichnet was es ist: als Krieg! Dies gilt sogar noch für die Mitte Juli 2009 begonnene, bislang größte Militäraktion der Bundeswehr am Hindukusch. Obwohl erstmals schwere Waffensysteme wie Mörser und Schützenpanzer vom Typ »Marder« zum Einsatz kamen, sprach Bundesverteidigungsminister Jung beharrlich von einem »Stabilisierungseinsatz«.

Diese Taktik der Verschleierung und Verharmlosung zeigt sich auch in der noch bis vor kurzem geltenden offiziellen Sprachregelung durch das Bundesministerium der Verteidigung. Danach ist die Zahl der Soldaten, die an einem Post-Traumatischen Belastungs-Syndrom (PTBS) erkrankt sind immer nur in Relation zur Gesamtzahl der nach Afghanistan entsandten Soldatinnen und Soldaten zu nennen. Die Tatsache, dass nur bei einem Prozent der deutschen Soldaten im Auslandseinsatz PTBS diagnostiziert wurde, zeige, dass wir im internationalen Vergleich recht gut liegen.<sup>4)</sup>

**Anzahl der PTBS-Fälle deutscher Soldaten in Afghanistan und bei Auslandseinsätzen insgesamt**

	Afghanistan	Gesamt
2006	55	83
2007	130	149
2008	226	245

Quelle: Zahlen für Afghanistan: Süddeutsche Zeitung v. 03.02.09; Gesamtzahl: taz vom 04.02.09<sup>5)</sup>

Natürlich kann man einen Flugzeugabsturz auch als »dynamischen Höhenverlust« oder eine Mülldeponie als »Entsorgungspark« bezeichnen, mit einer ehrlichen Informationspolitik hat das nichts mehr zu tun. Laut Wikipedia wird ein absichtlicher und systematischer Versuch, Sichtweisen zu formen, Erkenntnisse zu manipulieren und Verhalten zu steuern, zum Zwecke der Erzeugung einer vom Propagandisten erwünschten Reaktion als Propaganda bezeichnet. Die offizielle »Informationspolitik« der Bundesregierung ist dieser Definition sehr nahe.

Mit der steigenden Zahl kranker, verletzter oder getöteter Soldaten konnte das Thema nicht länger verschwiegen werden. Es sollte jedoch noch bis zum Oktober 2008 dauern, bis die Entwicklung in Afghanistan dem deutschen Verteidigungsminister Franz Josef Jung erstmals abforderte, einen toten Bundeswehrsoldaten einen »Gefallenen« zu nennen. Jetzt galt es, neben dem Ordenskult für Tapferkeit und Heldentaten das Bedeutungsfeld zu erschließen, das den Tod »auf dem Schlachtfeld« ideologisch überhöht. Der militärische Totenkult bewirkt, dass jeder »Gefallene« nicht umsonst gestorben sei, dass sein Opfer Mahnung und Auftrag sei, den Krieg fortzusetzen.

4) Vgl. »Geruch des Todes.« In: Süddeutsche Zeitung vom 03.02.2009  
5) Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Ulrich Kirsch, schätzt die Dunkelziffer aus verschiedenen Gründen sehr hoch ein (bis zu 1.700). Solange die psychische Stabilität ein wichtiges Kriterium für die Bundeswehrkarriere darstellt, werden viele Soldaten versu-

Alle militärischen Rituale und offiziellen Gedenkzeremonien versuchen, der Sinnlosigkeit des Todes einen höheren Sinn entgegenzusetzen. Sie müssen deshalb insbesondere auf ihre kriegsfördernde Wirkung hinterfragt werden. »Jubel über militärische Schauspiele ist eine Reklame für den nächsten Krieg.« (Kurt Tucholsky)

Ein weiteres markantes Zeichen hierfür ist das Ehrenmal für die bei Auslandseinsätzen gefallenen Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten, das im Bendler-Block, dem heutigen Amtssitz des Verteidigungsministers entsteht. (*Das sog. Ehrenmal wurde am 8. September 2009 und damit nach der Abfassung dieses Artikels eingeweiht – Anm. d. Red.*) Militärische Symbole, gerade in einer Armee, die auf die Wahrung und Verteidigung von Recht und Freiheit abzielt (Angela Merkel), bedürfen einer besonderen gesellschaftlichen Legitimation und einer breiten gesellschaftspolitischen Diskussion. Doch die hat im vorliegenden Fall nur unzureichend stattgefunden. Sollte das Ehrenmal für eine Parlamentsarmee nicht besser der Öffentlichkeit zugänglich am Reichstag errichtet werden? Sollte es nur für Soldaten oder auch für Polizisten, Zivilisten und Diplomaten sein?

Während die Politik versucht, die afghanische Wirklichkeit zu verschleiern oder sprachlich/empirisch euphemistisch darzustellen, bedurfte es einmal mehr der Macht der Bilder, um das Thema ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Der Film »Willkommen zu Hause«, der am 02. Februar 2009 in der ARD ausgestrahlt wurde, brachte das Thema in die gesellschaftliche Mitte.<sup>6)</sup>

Bei der Verleihung der Ehrenkreuze im Bundeskanzleramt sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede, dass eine Armee im Einsatz eine solche Auszeichnung wie das Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit brauche.

In Wirklichkeit braucht eine Armee im Einsatz etwas ganz anderes. Sie braucht eine rechtliche Basis, sie braucht eine gute Ausbildung und Ausrüstung, sie braucht eine gute medizinische, psychologische und soziale Versorgung und sie braucht die Gewissheit, für eine gerechte Sache zu kämpfen, bei der alle anderen nicht-militärischen Optionen ausgereizt sind. Nur dann gibt es in der Zivilgesellschaft den entsprechenden Rückhalt.

## Rechtliche Grundlagen

Die Bundeswehr ist Teil der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe Isaf (International Security Assistance Force) für Afghanistan. Die militärische Führung der Isaf-Truppen obliegt der Nato.

chen mit ihrem Trauma alleine fertig zu werden. Außerdem wollen sie vor ihren Kameraden nicht als »Weichei« gelten.

6) Es seien keine politischen Gründe ausschlaggebend gewesen, den Film »Willkommen zu Hause« dreimal zu verschieben, versichern die ARD-Verantwortlichen. Beim ersten Sendetermin gab es den Uefa-Cup, beim zweiten Versuch konkurrierte die US-Präsidentenwahl und zum dritten Termin lief Hape Kerkeling. Der Film war den ARD-Verantwortlichen zu wichtig, um ihn im Kampf um die Quoten zu opfern. Der Film wurde am 02.02.2009 um 20:15 Uhr, zur besten Sendezeit, ausgestrahlt. Manchmal bedarf es einer Fiktion, eines Films, damit wir die Wirklichkeit erkennen.

Der Einsatz erfolgt auf der Grundlage der Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 2001. Am 22. Dezember 2001 stimmte der Deutsche Bundestag dem Isaf-Einsatz der Bundeswehr zu. Damit ist der Afghanistan-Einsatz zwar kein »Blauhelm-Einsatz«, im Gegensatz zum Irak-Krieg ist die rechtliche Basis jedoch wesentlich stärker.

Die USA und ihre Verbündeten hatten hingegen den Beschluss des UN-Sicherheitsrats erst gar nicht abgewartet, sondern mit dem Afghanistan-Krieg militärisch auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 reagiert.

Völkerrechtlich bedeutsam in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass die Bundesrepublik im Jahre 2008 zwar erklärt hat, sich der obligatorischen Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag zu unterwerfen, allerdings enthält die deutsche Anerkennungserklärung einen doppelten Militär-Vorbehalt. Der erste Vorbehalt betrifft insbesondere Konflikte über die völkerrechtliche Zulässigkeit militärischer Einsätze der Bundeswehr im Ausland. Damit kann Deutschland international nicht verklagt werden, wenn es – wie 1999 bei der Mitwirkung an den Nato-Luftangriffen auf Serbien – dem Vorwurf ausgesetzt ist, gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot verstoßen zu haben. Auch wegen Verletzungen des Kriegsvölkerrechts (u.a. Genfer Konvention) durch die Bundeswehr will sich Deutschland nicht vor dem IGH verantworten, obwohl in Afghanistan eine hohe Zahl ziviler Opfer zu beklagen ist.

Der zweite Vorbehalt umfasst die Nutzung deutschen Hoheitsgebiets durch andere Staaten, was z.B. die Streitfrage aufwirft, inwieweit mit der Gewährung von Überflugrechten eine völkerrechtswidrige Kriegsführung unterstützt würde.

Mit dem doppelten Militär-Vorbehalt werden – entgegen Art 24 Abs. 3 GG – gerade diejenigen Kategorien völkerrechtlicher Konflikte einer gerichtlichen Überprüfung entzogen, die in einer langen historischen Entwicklung wesentliche Entstehungsbedingung für die Schaffung des IGH gewesen sind.

Die USA erkennen den IGH bis heute nicht an.<sup>7)</sup>

### ■ Die Versorgung von Bundeswehr-Soldaten

Mit der Zunahme der Eskalation in Afghanistan nimmt auch die Zahl der verwundeten, traumatisierten oder getöteten Soldaten zu, und mit der Zunahme der Opferzahlen wird das öffentliche Interesse am Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan stärker. Damit geraten die Bedingungen, unter denen der Einsatz geführt wird, verstärkt in den öffentlichen Fokus, und kritische Fragen nach Ausbildung und Ausrüstung sowie der Versorgung Verwundeter, Traumatisierter oder gar Getöteter gewinnen an Bedeutung. 35 deutsche Soldaten und 3 deutsche Polizisten sind bis Juli 2009 beim Afghanistan-Einsatz ums Leben gekommen.<sup>8)</sup> Seit Beginn der deut-

schen Auslandseinsätze in den neunziger Jahren sind 65 Tote, seit Gründung der Bundeswehr im Jahre 1956 rund 2.600 Tote zu beklagen.<sup>9)</sup> Lebensversicherungen weigern sich allerdings, im Kriegsfall zu zahlen. Bislang musste der Bund Hinterbliebenen von im Krieg getöteten Soldaten in 21 Fällen eine Entschädigung zahlen. Laut Soldatenversorgungsgesetz erhält die Witwe eines in Afghanistan gefallenen Soldaten einmalig 60.000 Euro.

Selbst der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe, sieht in seinem Jahresbericht Anzeichen für eine Unterversorgung der Truppe, z.T. schlechte oder veraltete Gerätschaften, verzögerte Lieferungen, bürokratische Vorschriften, kurzsichtige Personalpolitik, willkürliche Risikoverteilung und einen Sanitätsdienst, der kurz vor dem Zusammenbruch steht.<sup>10)</sup> Dies lässt bei den betroffenen Soldatinnen und Soldaten das Gefühl aufkommen, ganzen Einsatz leisten zu müssen, aber nur halbherzig vorbereitet, ausgerüstet und versorgt zu sein. Auch die Behandlung von traumatisierten Soldaten geschieht nicht nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen.

### ■ Posttraumatische Belastungsstörung

Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) wird ein Krankheitsbild genannt, das entsteht, wenn Menschen mehr schrecklichen Erlebnissen ausgesetzt sind, als sie psychisch verarbeiten können (früher: »Kriegszitterer«). Es sind diese Bilder, die die Soldatinnen und Soldaten nicht mehr loslassen. So kann die Erinnerung durch den Geruch von gegrilltem Fleisch oder dem Splittern einer Flasche hervorgerufen werden und zu Panikattacken, Schweißausbrüchen bis hin zu Depressionen und Suizidhandlungen führen.

Nach einem Bericht der »Süddeutschen Zeitung« vom 16. Juli 2009 kritisieren Psychiater die Erstversorgung traumatisierter Soldaten. Danach wendet die Bundeswehr immer noch das CISM-Verfahren an (Critical Incident Stress Management nach Jeffrey Mitchell und George Everly), das mittlerweile unter Psychiatern als überholt gilt. Nach dem CISM-Verfahren sollen Opfer oder Augenzeugen eines traumatischen Ereignisses unmittelbar nach diesem Ereignis in einer Gruppe ihren Emotionen freien Lauf geben. Dieses Gruppen-Debriefing kann aber bei vielen Menschen erst recht Wunden in die Seele schlagen und zu Retraumatisierungen führen. Dieses Verfahren ist im besten Fall wirkungslos, manchmal schadet es, so der Psychotraumatologe Willi Butollo von der Universität München, und Robert Bering, Leitender Arzt des Zentrums für Psychotraumatologie des Alexianerkrankenhauses in Krefeld ergänzt: »Gruppengespräche nach einem potenziell traumatisierenden Ereignis sind prinzipiell kontraindiziert.«

Seit Anfang der neunziger Jahre waren ca. 260.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr

7) Vgl. hierzu: Deiseroth, Dieter: Kriegseinsätze ohne völkerrechtliche Kontrolle. In: Grundrechte-Report 2009, S. 209-213

8) Vgl. FR vom 23. 07. 2009, S. 3

9) Vgl. Spiegel-online vom 05.02.2007

10) Vgl. Jahresbericht 2008 des Wehrbeauftragten Reinhold Robbe, S. 12 ff.

bei Auslandseinsätzen eingesetzt.<sup>11)</sup> Da mutet es reichlich spät an, wenn der Bundesverteidigungsminister nun ankündigt, in der Perspektive ein Kompetenz- und Forschungszentrum zur Behandlung von PTBS in der Bundeswehr einzurichten. Auch der Versuch der Bundeswehr, Soldaten mittels anonymer Telefon- und E-Mail-Angebote zum seelischen Outing zu bewegen, wie sie der Bundeswehrverband in einem 17-Punkte-Programm schon seit über einem Jahr fordert, hätte schon viel früher geschaffen werden müssen.

Dabei bleibt das Problem der nicht erkannten Fälle bestehen (Unterdiagnostik), so lange psychische Stabilität ein entscheidendes Kriterium für die soldatische Karriere darstellt. »Wenn man überlegt, wie viele Leute seit 1996 im Auslandseinsatz waren, muss es eine Unzahl von unerkannten PTBS-Fällen in Deutschland geben«, warnt Hauptmann a.D. und Gründer der PTBS-Selbsthilfegruppe »Skarabäus«, Heinz Sonnenstrahl, und warnt vor dem ersten Amoklauf.<sup>12)</sup> Solche befürchteten Gewaltexzesse sind in den USA leider schon Realität geworden. Zehn US-Soldaten, die im Irak-Krieg Furchtbares erlebt haben, sind in Colorado Springs wegen Mordes und Vergewaltigung angeklagt. Nicht weil sie im Krieg getötet haben, sondern in den USA.<sup>13)</sup>

Der Zusammenhang zwischen PTBS und Kriminalität ist nun durch eine US-Studie bestätigt worden. Die Studie zeigt, dass US-Soldaten mit PTBS überdurchschnittlich häufig kriminell werden, sobald sie wieder im Alltag angekommen sind.<sup>14)</sup>

Gleichzeitig reicht die Diskriminierung von Soldaten mit PTBS und ihre Abstempelung als Feigling mindestens bis zum Ersten Weltkrieg zurück. Eine Befreiung von der Front aufgrund dieser Störung galt und gilt als unehrenhaft.

In der Bundeswehr muss deshalb ein Klima geschaffen werden, in dem es kein Zeichen von Schwäche ist, sich helfen zu lassen.

Immerhin werden einmal diagnostizierte PTBS-Fälle bei der Bundeswehr mit Verfahren wie der kognitiven Verhaltenstherapie behandelt. Diese, so bescheinigen auch zivile Trauma-Experten, gelten als fundiert. Allerdings sind derzeit in den Bundeswehrkrankenhäusern nur gut die Hälfte der 40 Psychiaterstellen besetzt, so dass Kapazitätsengpässe drohen.<sup>15)</sup>

## ■ Kriegstraumata, (Militär-)Politik und Zivilgesellschaft

Die Entstehung eines PTBS hängt nicht nur von den individuellen Kriegserlebnissen, den politischen und militärischen Rahmenbedingungen des Einsatzes ab, sondern in ganz entscheidender Weise auch von den Reaktionen der Zivilgesellschaft.

Halbheiten, das lehrt wiederum die amerikanische Vietnam-Erfahrung, tragen selbst zur Verfesti-

gung der PTBS-Symptomatik bei.<sup>16)</sup> Das gilt sowohl für die Politik, die für die lebensbedrohlichen Folgen ihrer eigenen Einsatzbeschlüsse nur halbherzig einsteht, als auch für das Militär, das mit Soldaten wie mit Ersatzteilen umgeht, das gilt aber auch für die Zivilgesellschaft, die sich nicht darum kümmert, wie Soldaten ausgebildet, ausgerüstet und nach ihrer Rückkehr aus dem Krieg zu Hause empfangen werden. Das freundliche Desinteresse der Öffentlichkeit (Bundespräsident Horst Köhler) trägt genauso zur Verfestigung des PTBS-Syndroms bei wie mangelnde Fürsorge oder kurzatmige Ordens- und Sinnstiftungen.<sup>17)</sup>

Für Klaus Naumann, Historiker am Hamburger Institut für Sozialforschung, ist der Afghanistan-Einsatz zum Musterfall strukturellen Politikversagens geworden. Er offenbart die Fehlleistungen und Strukturdefizite der deutschen Sicherheitspolitik, ihre Begründungsschwächen und die überzogenen Ansprüche, den geringen Mitteleinsatz und die kurzatmigen Mandate, die realitätsfernen Aufträge mit gravierenden Strategie- und Koordinationsmängeln sowie das Missverhältnis zwischen den militärischen und den zivilen Komponenten.<sup>18)</sup> Die mangelnde Einbettung der Armee in die Gesellschaft zeigt die massiven Defizite der Inneren Führung auf, und Prof. Herfried Münkler, Politikwissenschaftler an der Berliner Humboldt-Universität, beklagt in diesem Zusammenhang einen nachlässigen Umgang des Bundestages mit »seiner Parlamentsarmee«.<sup>19)</sup>

Egal ob man den Afghanistan-Einsatz befürwortet, oder ob man ihn ablehnt, es besteht eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Folgeschäden – sowohl bei den Einsatzsoldaten, als auch in den Einsatzländern. In Afghanistan selbst ist die Zahl der durch Kampfhandlungen getöteten Zivilisten im Jahr 2008 laut UN-Angaben um 40 Prozent auf 2.118 gestiegen. Nach Schätzungen unabhängiger Beobachter wurden seit 2001 etwa 19.000 Afghanen, davon mehr als 11.000 Zivilisten getötet.<sup>20)</sup> Die Zahl der zivilen Todesopfer gehört jedoch zu den dunkelsten Kapiteln dieses Krieges und ist seit jeher Spielball gegenseitiger Propaganda. Während die Isaf-Truppen so genannte Kollateralschäden gerne verschweigen, haben die Taliban ein großes Interesse an einer hohen Zahl ziviler Opfer, um Stimmung gegen die »ausländischen Besatzer« zu machen. Doch egal, wie hoch die tatsächliche Zahl der Opfer auch ist, einen sauberen Krieg gibt es nicht.

Nach Ansicht von Hans-Georg Ehrhart, Leiter des Zentrums für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (Zeus) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, hat sich das Bild der Afghanen vom Isaf-Einsatz kontinuierlich verschlechtert, und er warnt

11) Vgl. »Merkel verleiht neuen Tapferkeitsorden.« In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.07.2009, S. 4  
 12) Vgl. »Insider warten auf den ersten Amoklauf.« In: Süddeutsche Zeitung vom 16.07.2009, S.16  
 13) Vgl. »Im Schatten des Kriegs.« In: Südd. Ztg. vom 28.07.2009, S. 2  
 14) Vgl. »Todeskrieger mit Todesangst« In: taz vom 01./02.08.2009, S. 3.  
 15) Vgl. Jahresbericht 2008 des Wehrbeauftragten, S. 46

16) Vgl. hierzu die Arbeiten des amerikanischen Psychiaters und PTBS-Experten Jonathan Shay: Achill in Vietnam - Kampftrauma und Persönlichkeitsverlust und Odyssee in Amerika  
 17) Vgl. Naumann, Klaus: Kriegstrauma und Zivilgesellschaft. In: FR vom 28./29.03.2009, S. 33  
 18) Vgl. Naumann, Klaus: Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen. Hamburg 2008  
 19) Vgl. Münkler, Herfried: Die missachtete Armee. In: Die Welt - Welt online, 01.11.2008.  
 20) Vgl. »In ständiger Angst davor«. In: FR vom 15.07.2009 S. 15 f.

davor, dass die Alliierten zunehmend als Besatzungsmacht wahrgenommen werden.<sup>21)</sup>

Über den Sinn oder Unsinn der Auslandseinsätze muss politisch diskutiert werden, wobei diese Diskussion nur gelingen kann, wenn sie frei von propagandistischer Kommunikation ist.

21) Vgl. »Es ist Krieg – und keiner schaut hin.« In: taz vom 02.02.09, S. 13

*Manfred Pappenberger ist Dipl.-Pädagoge und Dozent für politische Bildung an der Zivildienstschule Bad Staffelstein. In dem Beitrag vertritt er ausschließlich seine persönliche Meinung.*



Sepp Rottmayr

## Grundrecht versus Herrschaftsmacht

### Verfassungsbeschwerde gegen die Militärsteuer

**D**urch das Bundeshaushaltsgesetz bzw. den Bundeshaushalt werden die indirekten und direkten Steuern aller deutschen Staatsangehörigen auch für Rüstung und Militär verwendet. Das berührt das Gewissen vieler Menschen, welche zum Frieden fest entschlossen sind. Eine Gruppe aus dem Netzwerk Friedenssteuer hat sich aufgemacht, ihre verfassungsgarantierten Grundrechte einzufordern. Sie hat am 16. Februar 2009 beim Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde eingereicht, die sich gegen die Verwendung ihrer Steuern für Rüstung und Militär durch den Haushaltsplan bzw. das Haushaltsgesetz wendet.

Hier wird diese Verfassungsbeschwerde kurz zusammengefasst.

#### 1. Rechtsgrundlagen

Der Teil I des deutschen Grundgesetzes umfasst die Grundrechte Artikel 1 bis 19. Im Artikel 1 lautet der Absatz 3: »Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.« Kein Gesetz darf also den Grundrechten widersprechen.

Der Artikel 4 enthält das Grundrecht der Glaubens-, Gewissens und Bekenntnisfreiheit sowie die Kriegsdienstverweigerung. Der Art. 4 Abs. 1 lautet: »Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.« Wenn das Haushaltsgesetz das Grundrecht der Gewissensfreiheit von Menschen verletzt, indem es vorschreibt, dass ihre Steuern auch für militärische Gewaltpotenziale verwendet werden, ist dieses demzufolge verfassungswidrig.

#### 2. Betroffenheit

Heute gibt die Welt täglich 2,6 Milliarden Euro Steuergelder für Rüstung und Militär aus; in der Bundesrepublik Deutschland rund 30 Milliarden im Jahr. Viele Menschen glauben, sie zahlen keine Steuern, weil sie Rentner, Hartz-IV-Empfänger, Alleinerziehende, Auszubildende oder Studenten sind. Doch niemand ist ausgenommen, da überall indirekte Steuern stecken: in der Nahrung, in der Kleidung, in der Wohnung, in der Energie in der Kommunikation und im Reisen. Die Staatseinnahmen aus indirekten Steuern von der Energiesteuer bis zur Mehrwert-

steuer sind höher als die aus den direkten Einkommen- und Lohnsteuern. Im vergangenen 10-Jahresdurchschnitt zahlten die 82,4 Millionen Einwohner Deutschlands kraft Haushaltsgesetz pro Jahr für den Militärhaushalt je 200 Euro pro Jahr über die indirekten Steuern und nur 148 Euro pro Jahr über die direkten Steuern, insgesamt 348 Euro im Jahr pro Einwohner.

Durch die Verwendung ihrer Steuern kraft Haushaltsgesetz (Etat) für Rüstung und Militär sehen sich die 10 Beschwerdeführer/innen und mehr als 750 Unterstützer/innen betroffen. In einer allgemeinen Betroffenheit und einer eindrucksvollen persönlichen Betroffenheit wird die Gewissensbelastung in der Beschwerdeschrift dargestellt.<sup>1)</sup>

#### 3. Grundrechtsverletzung

Nach Art. 4 Abs. 1 GG ist jeder Mensch frei, nach seinem Gewissen zu handeln, insoweit dies keine Rechte anderer verletzt. Der grundsätzlichen Steuerzahlungspflicht wird nicht widersprochen. Doch die Verwendung der Steuern der Beschwerdeführer/innen und Unterstützer/innen für Rüstung und Militär durch das Haushaltsgesetz entgegen ihrem Gewissen verletzt ihr Grundrecht der Gewissensfreiheit nach Art. 4 GG. Das Militärsteuerproblem wurde durch deutsche Gerichte als echtes Gewissensproblem anerkannt.<sup>2)</sup>

#### 4. Ursache der Grundrechtsverletzung

Hier wird der Ursache der Grundrechtsverletzung, abgesehen von der Weidewaffnung, welche bereits Verfassungsrang hat, nachgegangen.

Entsteht sie also

- a) durch das Gewissen einer Minderheit (verirrtes Gewissen),
- b) durch eine zwingende und unvermeidliche Gemeinschaftsstruktur (nicht anders zu machen),
- c) durch die allgemeine Steuerpflicht und die Steuergesetze oder
- d) durch das Haushaltsgesetz, das eine undifferenzierte Steuerverwendung im Bundeshaushaltsplan feststellt und in Kraft setzt?

1) Siehe [www.netzwerk-friedenssteuer.de](http://www.netzwerk-friedenssteuer.de) bei »Verfassungsbeschwerden«

2) FG Düsseldorf 14 K 823/85 AO, FG Nürnberg V 183/92, BVerfGE 2 BvR 479/92